

Seite 2

Sieg für
die Meinungsfreiheit

Seite 3

MUT ZUR
IDENTITÄT!

Seite 4

ALTERSARMUT?
NICHT MIT UNS!

Klartext

 INFORMATION DER NPD-FRAKTION IM SÄCHSISCHEN LANDTAG | AUSGABE 32
WWW.NPD-FRAKTION-SACHSEN.DE



Keine west-deutschen
Verhältnisse in
Sachsen



HEIMAT
BEWAHREN!

 >> KOMMENTAR

Arne Schimmer, MdL

Trauma Inflation

Wir Nationaldemokraten haben als einzige politische Kraft von Anfang an die Initiative gegen alle Maßnahmen zur sogenannten „Rettung“ des auf ganzer Linie gescheiterten Euro-Experiments ergriffen – ob es um den Geldregen für die insolventen Pleite-Griechen oder die diversen „Rettungspakete“ und „Rettungsschirme“ wie den ESM ging. CDU und FDP hingegen stehen – ebenso wie die linken Oppositionsparteien – zum Euro und den Diktaten aus Brüssel.

Auch bezüglich des von EZB-Präsident Mario Draghi verkündeten rechtswidrigen Anleihekaufprogramms haben wir die Sächsische Staatsregierung per Antrag aufgefordert, sich auf Bundesebene für eine Klage vor dem Europäischen Gerichtshof gegen die EZB einzusetzen. Fakt ist: Die EZB übergeht mit ihrem Anleihekaufprogramm sowohl die im ESM-Vertrag vorgesehenen Haftungsobergrenzen als auch alle

demokratischen Kontroll- und Entscheidungsrechte. Es paßt dabei ins Bild, daß die Europäische Zentralbank auch die Qualitätsanforderungen an die zu hinterlegenden Sicherheiten so stark abgesenkt hat, daß in Zukunft gegen die Hinterlegung auch noch des letzten Schrottpapiers Geld ausgegeben wird.

Schon jetzt liegt die Inflation, ein altes deutsches Trauma, das aus den schlimmen Erfahrungen der Vergangenheit herrührt, bei einem Mehrjahreshoch. Sie kommt auf schleichenden Sohlen, hat aber verheerende Folgen. Denn: Inflationsraten von 5 Prozent halbieren ein Sparguthaben innerhalb von etwa 20 Jahren. Die von den Eurokraten und ihren willigen Vollstrekern in Bund und Ländern herbeigeführte Inflation ist also nichts anderes als eine Existenzbedrohung für Sparrer, Anleger, Rentner und Bezieher von Versorgungsbezügen. Es muß daher endlich Schluß sein mit der katastrophalen „Euro-Rettungspolitik“.

Kein deutsches Geld mehr für insolvente Pleitestaaten und marode Banken! Nur eine Rückkehr zu nationalen Währungen kann die Ersparnisse der Deutschen retten und eine weitere Inflation im eigenen Land verhindern. ■■■

Nein zu Überfremdung und Islamisierung

Sind Sie der Meinung, daß das beschauliche Plauen ein „Vogtländisch-Islamisches Zentrum“ mit Koranschule braucht? Finden Sie es richtig, daß Leipzig zu einer Salafisten-Hochburg geworden ist und mit dem berüchtigten Haßprediger Hassan Dabbagh einen der gefährlichsten Islamisten in Deutschland beherbergt? Wußten Sie, daß die türkische DITIB, deren erklärtes Ziel es ist, „die Pflege der nationalen Identität unter den türkischen Einwanderern“ zu fördern und den Islam in unserer Heimat zu verbreiten, Moscheen in Chemnitz und Dresden unterhält?

Die zunehmende Überfremdung und Islamisierung betrifft aber nicht nur die großen Städte Sachsens, sondern durch steigende Asylbewerberzahlen auch kleinere Städte und Gemeinden. Die ohnehin schon klammen Kommunen ächzen unter steigenden Ausgaben, nur die mittlerweile auch in Sachsen zahlreich existierenden islamischen Gemeinden können sich über Zulauf freuen. Insbesondere gefährliche Salafisten-Gruppen wie in Leipzig können so neue Mitkämpfer für ihren „Dschihad“, ihren Glaubenskrieg, rekrutieren.

Salafisten sprechen offen aus, daß sie unsere Rechtsordnung nur so lange akzeptieren werden, wie sie in der Minderheit sind. In Großstädten wie Berlin, München, Dortmund oder Hamburg gibt es schon jetzt ganze Viertel, in denen unsere Gesetze faktisch ausgehebelt sind und sogenannte islamische „Friedensrichter“ auf Grundlage der Scharia Urteile fällen. Nachdem Westdeutschland schon stark von Überfremdung betroffen ist und Moscheen wie Pilze aus dem Boden schießen, wollen die Politiker dies nun auch Sachsen zumuten. Wir aber wollen keine westdeutschen Verhältnisse in unserer Heimat!

Daher fordert die NPD-Fraktion:

- » **Mut zur Identität!** Der Schutz, der Erhalt und die Pflege der sächsischen, nationalen und abendländischen Identität muß als Staatsziel in unsere Landesverfassung aufgenommen werden.
- » **Islamisierung stoppen!** Es dürfen keine weiteren Genehmigungen für Moscheen und / oder „Islamische Zentren“ erteilt werden. Minarett-Verbot auch bei uns!
- » **Sicherheit durch Recht und Ordnung!** Islamische Haßprediger und Extremisten müssen konsequent ausgewiesen werden. Gefährliche Salafisten-Vereinigungen wie in Leipzig sind gemäß §129 StGB als kriminelle Vereinigungen einzustufen und zu verbieten.

Energie- und Spritpreise
Runter damit...
und zwar sofort!

Immer weniger Sachsen können ihre Stromrechnungen bezahlen. Im letzten Jahr sind rund 1,3 Millionen Mahnungen verschickt und rund 250.000 Sperrandrohungen ausgesprochen worden. Bei mehr als 21.600 Haushalten wurde diese Drohung wahr gemacht – sie waren zeitweilig komplett ohne Strom. Die Probleme mit dem neuen Luxusgut Strom werden immer größer: Alleine die Sperren nahmen im Vergleich zu 2010 um 17 Prozent zu, weil Stromrechnungen für immer mehr Menschen unbezahlbar sind. Hier muß ebenso gegengesteuert werden wie bei den steigenden Spritpreisen, bei denen der Staat und die Öl-Multis kassieren, während Autofahrer wieder einmal die Melkkuh spielen sollen. Die NPD-Fraktion fordert daher massive Steuerersenkungen für Energie und Kraftfahrstoffe, die Abschaffung der sogenannten „Öko-Steuer“ und eine Preisregulierung für Sprit nach dem „Luxemburger Modell“ mit festen Obergrenzen. Es kann nicht sein, daß Sachsen im Winter ohne Strom und Heizung bleiben oder nicht mit dem PKW zur Arbeit kommen, weil sie die horrenden Kosten nicht mehr zahlen können. ■■■



CHEFSACHE

Sieg für die Meinungsfreiheit!

Holger Apfel, NPD-Fraktionsvorsitzender

Liebe Landsleute,

viele von Ihnen halten heute erstmals eine Ausgabe unserer Fraktionszeitung „Klartext“ in den Händen, die als Postwurfsendung von der Deutschen Post AG zugestellt wurde. Möglich ist dies, weil die NPD-Fraktion vor wenigen Monaten ein wegweisendes Urteil vor dem Bundesgerichtshof (BGH) gegen die Post erwirkt hat, nachdem ein jahrelanger Rechtsstreit um die Zustellung dieser Zeitung geführt werden mußte.

Wir hatten der Post schon im Oktober 2008 den Auftrag zur Verteilung einer „Klartext“-Ausgabe erteilt. Die Verteilung wurde jedoch abgelehnt. Man sei als Privatunternehmen nicht zur Verbreitung verpflichtet, so die Begründung der Deutschen Post AG, die auf dem Gebiet der Zustellung entsprechender Sendungen immer noch eine weitgehende Monopolstellung innehat. Der Ansicht der Post folgten dann mit unterschied-

lichen Begründungen das Landgericht Leipzig und das Oberlandesgericht Dresden.

Nun stellte der Bundesgerichtshof als höchste Instanz allerdings fest, daß der „Klartext“ eine periodisch, nämlich viermal im Jahr, erscheinende Zeitung ist, die als Postwurfsendung verteilt werden muß, wenn ein entsprechender Auftrag erteilt wird. Genau das haben wir jetzt gemacht, um Sie über unsere parlamentarischen Initiativen im Sächsischen Landtag zu informieren. Die anderen Zeitungen und auch das Fernsehen schweigen sich ja über unsere politische Arbeit ansonsten weitestgehend aus.

Das „Klartext“-Urteil des BGH ist ein Sieg für die Meinungsfreiheit und eine schallende Ohrfeige für all jene Kräfte, die meinen, die Standpunkte der gewählten und damit demokratisch legitimierten Volksvertreter der NPD im Landtag totschweigen und aus dem öffentlichen Diskurs ausgrenzen zu können. Es ist doch klar: Wenn die großen Gazetten und TV-Sender nicht über uns berichten, müssen wir andere Wege finden, um

den Bürgern unsere politische Arbeit näherzubringen. Es ist jedoch ein Skandal sondergleichen, daß wir uns dieses Recht vier Jahre lang durch drei Instanzen hart erkämpfen mußten. Umso größer ist auch mein Respekt vor den BGH-Richtern, die auch in einer Zeit, in der die NPD mit allen Mitteln bekämpft wird, zugunsten unserer Klage entschieden haben.

Das Gericht hatte bereits in der mündlichen Verhandlung im Sommer dieses Jahres deutlich gemacht, daß die politische Ausrichtung bei der Frage der Verpflichtung zur Verbreitung als Postwurfsendung keine Rolle spielen könne. Das entspricht dem Neutralitätsgebot – und deswegen kann die Post eben nicht in den allgegenwärtigen „Kampf gegen Rechts“ eingebunden werden, der hierzulande immer absurdere Blüten treibt.

Informieren Sie sich in dieser Ausgabe unverfälscht und aus erster Hand über unsere politischen Standpunkte, Anträge und Initiativen im Landtag. Dies ist natürlich nur eine Auswahl unserer vielfälti-

gen Aktivitäten. Besuchen Sie unsere Netzseite www.npd-fraktion-sachsen.de, um mehr zu erfahren. Sie können sich dort auch in unseren elektronischen Verteiler eintragen, um stets auf dem Laufenden zu bleiben. Sollten Sie Interesse haben, den „Klartext“ nun regelmäßig und kostenlos zugeschickt zu bekommen – kein Problem! Füllen Sie einfach den Info-Coupon auf der letzten Seite aus, dann bekommen Sie jede Ausgabe druckfrisch und kostenlos nach Hause geliefert. Lassen Sie sich nicht beirren von der Desinformation, die betrieben wird, um uns totzuschweigen oder zu diskreditieren. Wir sind anders, als die Massenmedien es Ihnen vorgaukeln – und wir setzen uns konsequent für Ihre Interessen ein!

www.facebook.com/holger.apfel



Laut Antwort der Staatsregierung auf eine Anfrage der NPD im Landtag sollen alle Asylbewerber aus Tunesien und Libyen, die nach Deutschland kommen, ausschließlich Sachsen zugewiesen werden.

Hinzu kommen die momentan massiv steigenden Erstanträge aus Serbien und Mazedonien – wobei es sich hier fast ausschließlich um Sinti und Roma handelt, bei denen selbst Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich keinerlei politische Verfolgung zu erkennen vermag. Aktuelle sächsische Asyl-Brennpunkte wie Pirna, Plauen, Zittau, Leipzig-Grünau, Chemnitz-

Ebersdorf oder Gröditz erfordern jedoch ein grundsätzliches Umdenken. Immer wieder kommt es in der Umgebung der Asylbewerberunterkünfte zu schweren Straftaten – zu Überfällen, Diebstahl und sogar Vergewaltigungen. Die einheimische Bevölkerung ist solchen Zuständen ausgeliefert und berechtigterweise besorgt. Die NPD-Fraktion hat im Landtag schon zahlreiche parlamentarische Initiativen gestartet, um den Asylmißbrauch in Sachsen einzudämmen und die Lage zu entschärfen – zuletzt einen Antrag mit dem Titel „Einmal Sachsen und zurück: Asyl ist kein Selbstbedienungsladen“.

Daher fordert die NPD-Fraktion:

- » Das einklagbare Grundrecht auf Asyl gemäß Artikel 16a GG ist abzuschaffen und durch ein Gnadenrecht zu ersetzen.
- » Die mit Asylanträgen befaßten Verwaltungsgerichte sind personell und finanziell zu stärken, um ihren Aufgaben zügig nachkommen zu können.
- » Asylbewerber, deren Anträge rechtskräftig abgelehnt wurden, müssen sofort in ihre Heimat zurückkeh-

ren. Der systematische Mißbrauch des deutschen Asylrechts durch illegale Bleiberechtsregelungen ist zu beenden.

- » Ausländer, die in Deutschland Straftaten verüben, haben ihr Gastrecht verwirkt und müssen umgehend in ihre Herkunftsländer abgeschoben werden. Kriminelle Asylbewerber verwirken automatisch ihren Asylanspruch, weil sie damit dokumentieren, daß sie auf die Gastfreundschaft des Landes, dessen Schutz sie begehren, keinen Wert legen.
- » Im Zuge einer Straffung und Beschleunigung der Asylverfahren ist auf Bundesebene die Schaffung zentraler Abschiebelager für solche Asylbewerber zu prüfen, deren Asylantrag offensichtlich unbegründet ist.
- » Alle Maßnahmen, die auf eine „Integration“ von Asylbewerbern gerichtet sind, bevor deren Asylantrag abschließend positiv entschieden wurde, sind zu unterlassen oder rückgängig zu machen, ebenso alle Maßnahmen, die zusätzliche Zuwanderungsanreize schaffen. Zu diesen Zuwanderungsanreizen gehören: die Auszahlung von Bargeld, die Unterbringung in Wohnungen, die Aufhebung der Residenzpflicht sowie die finanzielle Gleichstellung von Asylbewerbern mit deutschen Hartz-IV-Bezieher.
- » Solange Gemeinschaftsunterkünfte für Asylbewerber bestehen, ist die Residenzpflicht für Asylbewerber als auch zu Lasten der kommunalen Verwaltungen

Faire Arbeit setzt eine faire Politik voraus

Sozial geht nur national.

Als ob sie mit Minijobs, Niedriglöhnen und Ausbeutung nichts zu tun hätte, zettelte die Hartz-IV-Partei SPD kürzlich eine verlogene Debatte unter dem Motto „Faire Arbeit in Sachsen“ an. Der NPD-Abgeordnete Jürgen Gansel ließ es sich nicht nehmen, auf die Scheinheiligkeit der sogenannten „Sozialdemokraten“ hinzuweisen.

„Es ist schon ziemlich frivol, daß ausgerechnet die SPD, die unter Gerhard Schröder die Agenda 2010 und die Liberalisierung der Arbeitsmärkte durchgepeitscht hat, über faire Arbeit debattieren will“, so Gansel in Richtung des abgehobenen SPD-Gewerkschaftsbonzen Stefan Brangs.

Faire Arbeit setzt zunächst einmal eine faire Politik voraus – nämlich eine Politik, die zuallererst den einheimischen Arbeitnehmerinteressen verpflichtet ist sowie einen Staat, der Gemeinwohlinteressen vor Wirtschaftsinteressen und Länderinteressen stellt.

Jürgen Gansel erklärte dazu im Landtag: „Minijobs, befristete Stellen und Leiharbeit verhindern traditionelle Erwerbsbiographien und sind der direkte Weg in die Altersarmut. Jeder fünfte Beschäftigte in Deutschland ist mittlerweile Niedriglöhner. Ob Taxifahrer, Friseurinnen, Reinigungskräfte oder Kellner: Immer mehr Deutsche müssen für einen armutsgefährdenden Niedriglohn schuften. Das zeigen aktuelle Zahlen des Statistischen Bundesamtes. Danach waren im Jahr 2010 bundesweit 20,6 Prozent aller Beschäftigten Geringverdiener – in Mitteldeutschland sogar 37 Prozent. Die NPD-Fraktion hat

schon immer existenzsichernde gesetzliche Mindestlöhne gefordert, weil man von Arbeit leben können muß, weil Arbeit nicht arm machen darf. Nach neuesten Zahlen sind im Freistaat aber knapp 20 Prozent der Menschen armutsbedroht.“

Lohndumping und Arbeitslosigkeit führten dazu, so der NPD-Abgeordnete, daß ein Großteil der künftigen Rentner in Sachsen in Altersarmut leben werde. Ein Neurentner im Jahr 2030 müsse 35 Beitragsjahre lang im Schnitt 2.500 Euro brutto verdienen haben, um über die Sozialhilfe-Grenze zu kommen. Doch welcher normale Arbeitnehmer – zumal in Sachsen – verdient schon 2.500 Euro brutto? In Sachsen wird deshalb ab 2030 mehr als jeder zweite heutige Arbeitnehmer von Altersarmut betroffen sein! Armut trotz lebenslanger Arbeit – was für ein sozialpolitischer Skandal!

Die NPD-Fraktion fordert daher nicht nur einen armutsfesten Mindestlohn von weit über 8,50 Euro pro Stunde, sondern auch eine Systemänderung bei der Rente. So ist eine Rentenkasse zu schaffen, in die alle Bevölkerungsgruppen – auch die Beamten und Selbständigen – einzahlen. Die Schaffung einer einheitlichen Rentenkasse für alle erwerbstätigen Deutschen würde die Zahlung einer menschenwürdigen Volksrente ermöglichen. Diese Volksrente würde auch der Verarmung von alleinerziehenden Frauen im Alter entgegenwirken. Darüber hinaus muß die Möglichkeit einer privaten oder betrieblichen Eigenvorsorge steuerlich gefördert werden. Auch in der Arbeitsmarkt- und Rentenpolitik gilt für die NPD-Fraktion: Das eigene Volk zuerst! Sozial geht nur national! ■■■

zu ergänzen. Während die Residenzpflicht den Bewegungsradius des Asylbewerbers auf einen festgelegten Bereich um seine Unterkunft beschränken soll, muß gleichzeitig die Anwesenheit des Asylbewerbers in der ihm zugewiesenen Unterkunft zu einem bestimmten Zeitpunkt verpflichtend sein. Die Einhaltung von Residenz- und Anwesenheitspflicht ist polizeilich zu überwachen, Pflichtverstöße angemessen zu ahnden.

- » Es ist ein Konzept zu entwickeln, das der „Asyl-Industrie“, bestehend aus privatrechtlichen Betreiber- und Versorgungsfirmen, entgegenwirkt. Geschäftemacherei – sowohl auf dem Rücken der Asylbewerber als auch zu Lasten der kommunalen Verwaltungen

und damit des deutschen Steuerzahlers – ist Einhalt zu gebieten.

Nur durch einen grundlegenden Strategiewechsel in der Asylpolitik kann der massenhafte Asylmißbrauch in Sachsen verhindert werden. Die NPD-Fraktion stellt klar: Unsere sozialen Sicherungssysteme sind nicht dazu da, um Armutsflüchtlingen aus der ganzen Welt ein angenehmes Leben zu ermöglichen. Der humanitäre Grundgedanke des Asyls wird durch Scheinasylanten, die lediglich in den Genuß sozialer und finanzieller Wohltaten kommen wollen, geradezu pervertiert. Deswegen lautet unsere Devise: Rückkehrpflicht statt Bleibeerecht. Asyl ist kein Selbstbedienungsladen! ■■■



HEBAMMEN BESSER BEZAHLEN UND ABSICHERN!

Die NPD-Fraktion setzt sich für Sachsens Hebammen ein. Im Landtag sagte die familienpolitische Sprecherin der Nationaldemokraten, Gitta Schübler, dazu in einer Debatte: „Seit vielen Jahren liegt die Nettovergütung bei deutlich unter 10 Euro pro Stunde. Im Hebammen-Gutachten Anfang dieses Jahres wurde ein durchschnittlicher Nettostundensatz von 7,48 Euro ermittelt. Damit bewegen sich auch die Hebammen im Niedriglohnbereich. Die Forderung der Hebammen nach einer 30-prozentigen Vergütungssteigerung klingt zunächst hoch, ist aber angesichts dieser Zahlen aus unserer Sicht mehr als gerechtfertigt. Um so verständlicher die Blockadehaltung der Gesetzlichen Krankenversicherung, die lieber weiter Beitragsreserven aufbauen will.“ Gitta Schübler verdeutlichte den hohen Stellenwert des Hebammenberufes für die Gesellschaft, die Familien und werdenden Mütter. Auch bei der Stillberatung spielten Hebammen eine nicht zu unterschätzende Rolle. Die NPD-Abgeordnete erklärte: „Doch nicht nur in dieser Hinsicht sind Hebammen mit ihrem geschulten Blick für das Natürliche, Richtige und Gesunde gefragt. Ich konnte in den letzten Wochen und Monaten – als werdende Oma – wieder miterleben, wie wichtig Hebammen auch in der Geburtsvorbereitung als Ansprechpartner für die jungen Muttis sind. Nicht nur in dieser Phase sind sie Vertrauenspersonen für die Schwangeren, auch nach der Entbindung sind sie wertvolle Begleiterinnen und Beraterinnen auf dem Weg ins Leben, für die Mütter und Kinder – und natürlich auch für Väter. Insbesondere könnten sie die Mütter darin bestärken, mindestens in den ersten Monaten und Jahren ihre Priorität auf die Pflege, Betreuung und Erziehung der Kinder zu setzen.“ ■■■

men nach einer 30-prozentigen Vergütungssteigerung klingt zunächst hoch, ist aber angesichts dieser Zahlen aus unserer Sicht mehr als gerechtfertigt. Um so verständlicher die Blockadehaltung der Gesetzlichen Krankenversicherung, die lieber weiter Beitragsreserven aufbauen will.“ Gitta Schübler verdeutlichte den hohen Stellenwert des Hebammenberufes für die Gesellschaft, die Familien und werdenden Mütter. Auch bei der Stillberatung spielten Hebammen eine nicht zu unterschätzende Rolle. Die NPD-Abgeordnete erklärte: „Doch nicht nur in dieser Hinsicht sind Hebammen mit ihrem geschulten Blick für das Natürliche, Richtige und Gesunde gefragt. Ich konnte in den letzten Wochen und Monaten – als werdende Oma – wieder miterleben, wie wichtig Hebammen auch in der Geburtsvorbereitung als Ansprechpartner für die jungen Muttis sind. Nicht nur in dieser Phase sind sie Vertrauenspersonen für die Schwangeren, auch nach der Entbindung sind sie wertvolle Begleiterinnen und Beraterinnen auf dem Weg ins Leben, für die Mütter und Kinder – und natürlich auch für Väter. Insbesondere könnten sie die Mütter darin bestärken, mindestens in den ersten Monaten und Jahren ihre Priorität auf die Pflege, Betreuung und Erziehung der Kinder zu setzen.“ ■■■

nen und Beraterinnen auf dem Weg ins Leben, für die Mütter und Kinder – und natürlich auch für Väter. Insbesondere könnten sie die Mütter darin bestärken, mindestens in den ersten Monaten und Jahren ihre Priorität auf die Pflege, Betreuung und Erziehung der Kinder zu setzen.“ ■■■

nen und Beraterinnen auf dem Weg ins Leben, für die Mütter und Kinder – und natürlich auch für Väter. Insbesondere könnten sie die Mütter darin bestärken, mindestens in den ersten Monaten und Jahren ihre Priorität auf die Pflege, Betreuung und Erziehung der Kinder zu setzen.“ ■■■

„Bevölkerungspolitische Offenbarungseid“

Mit ihrem Gesetz zur Erleichterung freiwilliger Gebietsänderungen hat die Staatsregierung „faktisch die Abschaffung von Verwaltungsgemeinschaften und Verwaltungsverbänden“ beschlossen, so der stellvertretende NPD-Fraktionsvorsitzende Dr. Johannes Müller, der darin eine „Umbildung der Wahlkreise zugunsten der Regierungsparteien“ und ein „Dokument bevölkerungspolitischer Untätigkeit“ sieht. Was als „freiwilliger Zusammenschluß von Gemeinden“ im Freistaat verkauft wird, ist oftmals nur die Folge von Abwanderung und Geburtenmangel im ländlichen Raum. Letztlich wird dies katastrophale Folgen für das gesamte Land haben. Doch die Etablierten trauen sich nicht, Maßnahmen aktiver Bevölkerungspolitik durchzuführen, wie sie die NPD-Fraktion fordert.

Wohnungseinbrüche nehmen zu

Die Fälle von Wohnungseinbrüchen haben auch im Freistaat in den letzten Jahren massiv zugenommen. Lag die Zahl der Delikte im Jahr 2008 noch bei 2.651, wurden 2011 bereits 3.467 Fälle registriert. 2012 lag die Zahl zur Jahresmitte schon bei über 2.000, so daß erneut mit einer deutlichen Erhöhung zu rechnen ist. Die Aufklärungsquote hingegen sank im genannten Zeitraum von 34,6 Prozent auf 24,8 Prozent. Dies konnte die NPD-Fraktion mit einer parlamentarischen Anfrage im Landtag ermitteln, aus der ebenfalls hervorgeht, daß Osteuropäer bei Wohnungseinbrüchen überrepräsentiert sind. Solche Zahlen beweisen, daß die Einbruchskriminalität auch in Sachsen auf dem Vormarsch ist. Ferner wird deutlich, daß die Öffnung der Grenzen nach Osten ideale Bedingungen für international agierende Kriminelle schafft. Der Abbau an einsetzbarem Personal bei der Polizei tut sein übriges dazu und rächt sich in geringen Aufklärungsquoten. Die NPD-Fraktion hingegen sagt, daß sichere Grenzen ein wesentlicher Beitrag zur Verbesserung der Kriminalprävention sind. Die Bürger, besonders in den grenznahen Regionen, sind die Opfer einer falsch verstandenen „Weltoffenheit“. Daher fordern die Nationaldemokraten die Wiedereinführung von Grenzkontrollen und die Erhöhung des im Grenzgebiet einsetzbaren Polizeipersonals.

Neue Aufkleber der NPD-Fraktion

Während Deutschland im Zuge der „Euro-Rettung“ gnadenlos ausgeplündert wird und Demokratie und nationale Souveränitätsrechte zugunsten der EU-Diktatur immer weiter abgebaut werden, nimmt die Abzocke im Inland, vor allem an den Tankstellen, immer größere Ausmaße an. Die Bürger sollen bluten, der Staat und die Mineralölindustrie kassieren!

Bestellen Sie kostenlos die beiden neuen – neutral gehaltenen – Aufkleber der NPD-Fraktion gegen Euro-Ausplünderung und Spritpreisabzocke. Bitte nutzen Sie für ihre Bestellung den Infocoupon auf der letzten Seite.



SACHSEN MUSS SÄCHSISCH BLEIBEN MUT ZUR IDENTITÄT!

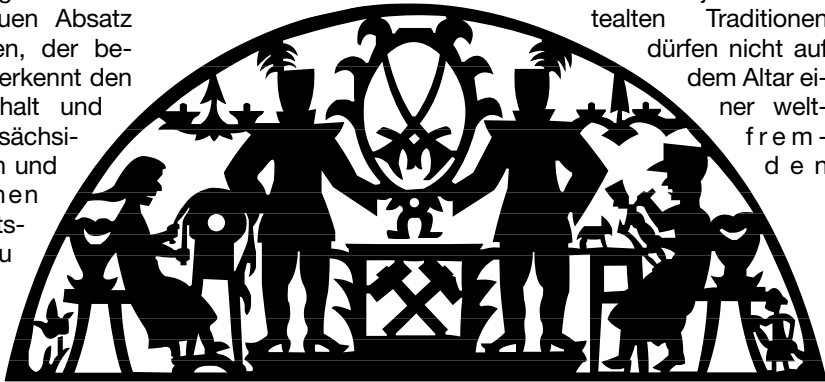
In Artikel 5 der Verfassung des Freistaates Sachsen ist der Schutz der Rechte von Minderheiten festgeschrieben. Die NPD-Fraktion ist der Ansicht, daß in diesem Artikel jedoch nicht nur der Schutz der Minderheiten gewährleistet werden sollte, sondern auch der Schutz der angestammten Mehrheitsbevölkerung und ihrer Identitätsmerkmale.

Die Nationaldemokraten wollen daher die sächsische Landesverfassung in Artikel 5 um einen neuen Absatz 4 erweitert sehen, der besagt: „Das Land erkennt den Schutz, den Erhalt und die Pflege der sächsischen, nationalen und abendländischen Identität als Staatsziel an.“ Hierzu hat die NPD-Fraktion nun einen Gesetzesentwurf vorgelegt.

Der stellvertretende NPD-Fraktionsvorsitzende Dr. Johannes Müller erklärte dazu im Landtag: „Wir Nationaldemokraten wollen, daß unsere Städte und Gemeinden auch morgen noch als Städte und Gemeinden Mitteleuropas erkennbar sind. Im Hinblick auf aktuell wieder ansteigende Asylbewerberzahlen, vor allem aus muslimischen Ländern, ist eine Klarstellung der kulturellen Grundlagen Sachsens unabdingbar. Überfremdungszustände, wie sie vor allem in westdeutschen Großstädten bestehen, dienen zu Recht als abschreckendes Beispiel und erfordern eine identitäre Wende – gerade in den Landstrichen Mitteldeutschlands, die noch über eine homogene Bevölkerungsstruktur verfügen. Sachsen könnte hier als Impulsgeber fungieren und den Anstoß für entsprechende landesgesetzliche Regelungen in anderen Bundesländern geben.“

Die NPD-Fraktion sagt: Sachsen ist das Land der Sachsen – und soll es auch bleiben! Unsere jahrhundertalten Traditionen dürfen nicht auf dem Altar einer weltfremden

Multikulti-Ideologie geopfert werden, die, wie einst der Kommunismus, ein „Paradies auf Erden“ verheißt, aber der Realität nicht standhält. Wir fordern von der politischen Klasse den Mut ein, sich zur eigenen Identität zu bekennen, sie zu erhalten und auch offensiv zu verteidigen! ■■■



Arbeitsplatz-Konkurrenten aus EU-Pleiteststaaten nach Sachsen?

Immer mehr Zuwanderer aus südeuropäischen Pleitestaaten, die wir mit unserem Geld vor dem Bankrott retten, strömen auf den deutschen Arbeitsmarkt. Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit ist die Zahl der Erwerbstätigen aus Griechenland, Spanien, Italien und Portugal in Deutschland zuletzt sprunghaft angestiegen. Ende Mai waren es schon 452.000 – ein Plus von sage und schreibe 6,5 Prozent zum Vorjahr. Insgesamt ist die Beschäftigungsquote allerdings nur um 1,6 Prozent gestiegen. NPD-Fraktionschef Holger Apfel brachte per Anfrage im Landtag in Erfahrung, daß die Zahl von Arbeitsuchenden aus den Krisenländern auch in Sachsen seit 2008 deutlich angestiegen ist. Nach Auffassung der NPD-Fraktion sollte jedoch arbeitsmarktpolitische Leitlinie sein, daß deutsche Arbeitslose sowohl bei der Arbeitsplatzvermittlung als auch bei der Vermittlung von Weiterbildungsmaßnahmen zu bevorzugen sind. Dank offener Grenzen droht uns nun also nicht nur eine neue Asylbewerberflut, sondern auch eine Überflutung des Arbeitsmarktes mit Billiglöhnen aus Südeuropa, die bei sich keine Arbeit mehr finden.



www.facebook.com/NPDFraktionSachsen



Gefällt mir

Unsere Abgeordneten vor Ort:

Aktiv für deutsche Interessen!



Gut gelaunt trotz widriger Umstände: der NPD-Fraktionsvorsitzende Holger Apfel



Ein gefragter Gesprächspartner bei den Medien: der NPD-Landtagsabgeordnete Jürgen Gansel

Zwölf Einzelkundgebungen in acht Städten an vier Tagen – die sächsischen Nationaldemokraten hatten sich mit ihrer Herbst-Tour unter dem Motto „Einmal Sachsen und zurück: Asylmißbrauch, Überfremdung und Islamisierung stoppen!“ Ende Oktober/Anfang November einiges vorgenommen. Mit dabei waren natürlich auch die Landtagsabgeordneten der NPD, die auf den Kundgebungen sprachen.

So sprach der NPD-Fraktionsvorsitzende Holger Apfel unter anderem an der Al-Rahman-Moschee des berühmten Salafisten-Predigers Hassan Dabbagh in Leipzig oder vor der Asylbewerberunterkunft in der Florian-Geyer-Straße in Dresden, wo vor nunmehr drei Jahren eine junge Schülerin von einem pakistanischen Scheinasylanten ermordet wurde. Arne Schimmer ergriff unter anderem in Dresden vor der Moschee der DITIB das Wort, die vom türkischen Staat gelenkt und kontrolliert wird, Andreas Storr sprach am umstrittenen Asylbewerberheim in Kamenz. Und Jürgen Gansel trat beispielsweise bei der Abschlusskundgebung in Riesa auf.

Die Volksvertreter der NPD setzen sich also nicht nur im Landtag für deutsche Interessen ein, sondern gehen dafür auch auf die Straßen, die Marktplätze und auch direkt zu den Brennpunkten der Überfremdung und des massenhaften Asylmißbrauchs. Sie tun dies nicht etwa, weil sie „geistige Brandstifter“ sind, wie die Medien behaupten, sondern weil sie sich nicht scheuen, sich vor Ort für die Bürger einzusetzen. In ihren warmen Parlamentsesseln können die Kartellparteienvertreter von CDU bis LINKE gut von „Willkommenskultur“ und „Multikulti“ schwärmen. An Ort und Stelle kann man jedoch die Folgen einer derart verfehlten Zuwanderungspolitik deutlich erkennen. ■■■



Islamisierung: Gerade für selbstbewußte Frauen ein Reizthema.



Der Landtagsabgeordnete Arne Schimmer (l.) und Fraktionsmitarbeiter Michael Schäfer mit Freude dabei

Altersarmut? Mutter-Rente der NPD-Fraktion würdigt Familienleistung finanziell

Auch beim Thema Altersarmut entpuppen sich die Etablierten immer mehr als Versager auf ganzer Linie. Die NPD-Fraktion prangert dies jedoch nicht nur an, sondern brachte dazu kürzlich einen Antrag ein, in dem sie die Einführung einer Mutter-Rente zur Verhinderung von Altersarmut fordert. Damit soll ein Wahlmo-

dell ermöglicht werden, das Müttern die Möglichkeit gibt, je nach Lebenssituation und beruflichen Wünschen zwischen zwei Leistungsmodellen der Rentenberechnung zu wählen.

Das NPD-Konzept sieht vor, daß die Kinderzahl ab sofort direkten Einfluß auf die Rentenbeiträge bzw. auf das Renteneintrittsalter nimmt. In

dem geforderten Wahlmodell ist es einerseits möglich, das Renteneintrittsalter – durch jedes Kind – um ein Jahr nach vorn zu verlegen oder andererseits jedes geborene Kind wie ein Jahr Rentenbeitragszahlung zu werten. Dabei soll das höchste Beitragseinzahlungsjahr als Maßstab dienen. Nebenbei wird auch das leidige Thema „Rente mit

67“ gelöst, da sowohl Mütter wie auch Väter von dieser Maßnahme profitieren und durch ihren bevölkerungspolitischen Beitrag doppelt gewinnen. Einerseits durch ihr Elternglück, andererseits durch die rentenpolitische Würdigung durch den Staat.

Der NPD-Abgeordnete Mario Löffler erklärte dazu: „Mit unserer Mutter-Rente

reagieren wir auf die Herausforderungen der heutigen Zeit und etablieren ein völlig neues Modell der Altersvorsorge. Wir schließen mit unserem Vorstoß eine der größten Gerechtigkeitslücken unserer Gesellschaft. Unsere Mutter-Rente orientiert sich an den verschiedenen Lebenssituationen und an den unterschiedlichen

beruflichen Hintergründen unserer Frauen und läßt sie entscheiden, wie sie ihren Lebensabend gestalten wollen.“

Die NPD-Fraktion sagt: Wir müssen endlich mit innovativen Ideen dem demographischen Niedergang und der Altersarmut entgegenwirken! Sachsen soll zum bundesweiten Vorreiter in der Bekämpfung der Überalterung unseres Volkes werden und den „Generationen-Vertrag“ neu beleben. Dazu gehören auch ein positives Frauenbild und eine realitätsnahe Familienpolitik. ■■■

Impressum

Herausgeber: NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag
Telefon (0351) 49 34 900, Telefax (0351) 49 34 930
V.i.S.d.P.: Holger Apfel, Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden

Diese Veröffentlichung der NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.

Alle Sitzungen des Landtages mit den Reden unserer Abgeordneten werden live im Internet unter www.landtag-sachsen.de (Menüpunkt Aktuelles) und auf MDR 1 Radio Sachsen über die Mittelwellefrequenz 1044 kHz (Dresden-Wilsdruff) übertragen.



INFO-GUTSCHEIN

- ☐ Ein Informationspaket
- ☐ Regelmäßig die Fraktionszeitung „Klartext“
- ☐ Die CD „Das Lied der Deutschen 2012“
- ☐ Die DVD „Raus aus dem Euro“
- ☐ Ein Aufkleberpaket inkl. der neuen Motive
- ☐ Das Faltblatt „Asylmißbrauch und Islamisierung stoppen!“
- ☐ Das Faltblatt „Rückkehrpflicht statt Bleiberecht“

Name, Vorname

Alter

Straße

PLZ, Ort

ePost

Telefon

K32



NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden
Telefon: (0351) 49 34 900 | Telefax: (0351) 49 34 930
E-Post: npd@sit.sachsen.de

„Einigkeit und Recht und Freiheit!“ Deutschlandlied-CD von Sacha Korn fand reißenden Absatz



Während an den Ständen der übrigen Landtagsfraktionen mitunter gährende Leere zu beobachten war, herrschte am Stand der NPD-Fraktion auch beim diesjährigen Tag der offenen Tür des Sächsischen Landtages am 3. Oktober 2012 in Dresden großer Andrang. Die Nationaldemokraten präsentierten sich diesmal unter dem Motto „Erst Deutschland, dann Europa – Nein zum Euro“ – ein Thema, das vielen Bürgern unter den Nägeln brennt, wie anhand zahlreicher Gespräche deutlich wurde. Wie in jedem Jahr konnten sich Interessierte mit Informa-

tions- und Werbematerial versorgen, einen Becher Kaffee oder Faßbrause trinken, am Glücksrad attraktive Preise gewinnen oder mit den Abgeordneten diskutieren. Exklusiv war auch – passend zum Tag der Deutschen Einheit – die von dem Berliner Rockmusiker Sacha Korn eingespielte Neuvertonung des Liedes der Deutschen in allen drei Strophen auf CD erhältlich und fand reißenden Absatz.

Restbestände dieser CD sind bei der NPD-Fraktion noch kostenlos zu beziehen. Bitte nutzen Sie nebenstehenden Info-Gutschein, um sich Ihr Exemplar zu sichern. Geliefert wird, solange der Vorrat reicht. ■■■